



Dokumente

Thesen

Erklärungen

Stellungnahmen

Analysen

aus:

Plenartagungen des Zentralkomitees

April 2025



**Arbeiterbund für den
Wiederaufbau der KPD**

NACH DER WAHL IST VOR DER WAHL: AUS DEN ANGRIFFEN DER KRIEGSREGIERUNG ALS KOALITION-VEREINIGUNG, DIE INSBESONDERE DIE ARBEITERBEWEGUNG TRIFFT¹

¹ Anmerkung: Die neuen Minister und Staatssekretäre der Merz-Regierung: Nun, der Merz ist eben schon wie fast alle neu gewählten Regierungen ein offenes Buch darin, dass die Vorlage dazu aus der USA - und dort am weitesten schon praktiziert. Schon Vertreter der Milliardäre und bei Trump sich die Milliardäre herabgelassen haben, das Regieren in die eigene Hand zu nehmen, als Diktatorische über die Klasse zu regieren um ihren Maximal-Profit direkt aus dem eigenen Wucherstaat zu ziehen und mit ihm die Konkurrenz des Kapitalismus sich damit zu unterwerfen; also unser Programm nicht nur bestätigen. Und darin sich eben den Gewaltenapparat, Gerichte wie ALLE Ebenen des Staats und auch die Intelligenz wie die Wissenschaft zu unterwerfen. Und der kleine deutsche als ehemaliger kleiner Finanzier unter dem Monopol es jetzt ihnen in der kommenden Kriegsregierung Merz und SPD sagen wo es lang geht. Schaut man die USA-Nachrichten, ist Trump wie eine Puppe an Fäden der Gruppe der Milliardäre insbesondere aus dem KI Bereich - als der Industrie und Warenverkäufer seiner Produkte, die immer mehr die Produktion bestimmt, wenn auch eben nicht gerade in der industriellen Produktion. Diese kann man auch in den USA als veraltet ansehen und damit besteht der Konkurrenzkampf zu China, aber auch schon zu anderen Ländern wie Indien und ist ein echter Kriegsgrund. So wird auch darin die bürgerliche Kultur und Kunst gänzlich unterworfen werden, denn die KI ist wahrlich Vernichtung des menschlichen Wissens und vor allem die Phantasie der Kunst die Welt neu zu interpretieren. Und die Jugend kennt aus Falschnachrichten die Welt noch wenig und wird damit weitgehend in die Asozialität getrieben. Das Elend nimmt eben kein Ende am Ende des Imperialismus und seiner verspäteten proletarische Revolution. Da ist Merz nur der Nächsten an den Fäden des deutschen Monopolkapitals und seiner Minister in der Regierung usw.

Genossen, das kommende Kabinett Merz wird auch personell kein "klassisches". Die kommende Wirtschaftsministerin Katherina Reiche ist eine Enteignerin des Volkseigentums der DDR (Plaste Schulze), die in den vergangenen 5 Jahren Vorstandsvorsitzende von Westenergie - das zu Hundertprozent dem Eon-Konzern gehört - war! - Vertreterin des Monopolbereichs der Abteilung I. Der neue Minister für Digitales, Karsten Wildberger, war bis dato Vizepräsident von HDE, einem Lobbyverband, der Konzerne wie Aldi, Lidl und Amazon vertritt. Er war außerdem Vorsitzender der Ceconomy Group, zu der u.a. MediaMarkt und Saturn gehören - also Handelskapital.

Eine besondere Schlagseite nimmt die Personalie des neuen Staatsministers für Kultur und Medien ein: Wolfram Weimer, Mit-Verfasser des Manifests des Konservatismus von 2018. Einer, der sich Sorgen um die "Fortdauer des eigenen Blutes" und die "biologische Selbstaufgabe Europas" macht.

„Die Geschichte der Regelung des Arbeitstags in einigen Produktionsweisen, in andren der noch fortdauernde Kampf um diese Regelung, beweisen handgreiflich, dass der vereinzelte Arbeiter, der Arbeiter als ‚freier‘ Verkäufer seiner Arbeitskraft, auf gewisser Reifestufe der kapitalistischen Produktion, widerstandslos unterliegt. Die Schöpfung eines Normalarbeitstags ist daher das Produkt eines langwierigen, mehr oder weniger versteckten Bürgerkriegs zwischen der Kapitalistenklasse und der Arbeiterklasse.“²

Der Angriff auf den gesetzlichen 8-Stunden-Tag, der Angriff auf die Begrenzung des Arbeitstags überhaupt ist der zentrale Angriff des Koalitionspapiers³ in das Herz der Klasse, ist der Angriff in Mark und Bein einer Klasse, die Zeit ihrer Existenz im Kapitalismus um die Einheit ihrer Klasse und damit notwendig verbunden gegen den unbegrenzten Zugriff des Kapitalisten auf sie selbst kämpft. Kurz vor dem internationalen Kampftag der Arbeiterklasse schießt die Bourgeoisie also darauf, was zentraler Beschluss des internationalen Arbeiter-Kongresses 1889 war – zu Recht, denn der Kampf um den Arbeitstag ist der Kern des Klassenkampfes und unabdingbare Voraussetzung für die Vereinigung der Klasse, national wie international:

„Es ist für einen bestimmten Zeitpunkt eine große internationale Manifestation zu organisieren, und zwar dergestalt, dass gleichzeitig in allen Städten an einem bestimmten Tage die Arbeiter an die öffentlichen Gewalten die Forderung richten, den Arbeitstag auf acht Stunden festzusetzen (...). In Anbetracht der Tatsache, dass eine solche Kundgebung bereits von dem amerikanischen Arbeiterbund (...) für den 1. Mai 1890 beschlossen worden ist, wird dieser Zeitpunkt als Tag der internationalen Kundgebung angenommen.“

Dieser Angriff kommt nicht irgendwann. Er kommt jetzt, er kommt in Zeiten der Massenentlassungen und Lohnsenkungen, in Zeiten des Kriegs. Und wenn noch hinzukommt, was der Koalitionsvertrag ebenso vorsieht, dass die vorhandenen Organe der Arbeiterklasse, die sie als Kampforgane nutzen *kann und wieder wird*, ebenso zum Abschluss preisgegeben werden sollen⁴, ist klar worum es geht: Ein frontaler Angriff der Bourgeoisie gegen

² Das Kapital, Der Kampf um den Normalarbeitstag. Rückwirkung der englischen Fabrikgesetzgebung auf andre Länder

³ Aus dem Koalitionsvertrag: „Die Arbeitswelt ist im Wandel. Beschäftigte und Unternehmen wünschen sich mehr Flexibilität. Deshalb wollen wir im Einklang mit der europäischen Arbeitszeitrichtlinie die Möglichkeit einer wöchentlichen anstatt einer täglichen Höchstarbeitszeit schaffen – auch und gerade im Sinne einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Zur konkreten Ausgestaltung werden wir einen Dialog mit den Sozialpartnern durchführen. Wir werden die Pflicht zur elektronischen Erfassung von Arbeitszeiten unbürokratisch regeln und dabei für kleine und mittlere Unternehmen angemessene Übergangsregeln vorsehen.“

⁴ Ebenda: „Wir werden die Mitbestimmung weiterentwickeln. Wir ermöglichen Online-Betriebsratssitzungen und Online-Betriebsversammlungen zusätzlich als

die Arbeiterbewegung, gegen ihren Kampf gegen Massenentlassungen und Krieg:

Der Angriff auf den 8-Stunden-Tag ist nicht nur die Auflösung des Normalarbeitstags, die Möglichkeit der Erhöhung der Höchstarbeitszeit, die Möglichkeit des vollen Zugriffs des Kapitalisten auf die Zeit des Arbeiters, sondern trifft auf die bereits erfolgte Entgrenzung und Auflösung des Arbeitstags durch die stetige Ermöglichung der Zwangsarbeit und die Verschiebung des Arbeiters von Kapitalist A zu Kapitalist B. Es ist also nicht mehr ‚nur‘ ein Vertrag mit entgrenzter Arbeitszeit, sondern die Aufhebung des freien Verkaufs der Arbeitskraft selbst, wenn weder der Vertragspartner noch die Bedingungen des Vertrags noch in der Hand des Arbeiters liegen – dann bleibt nur die Existenzlosigkeit.

Und: In Zeiten der Massenentlassung geht es nicht vordergründig um die Verlängerung des Arbeitstags, sondern gerade um die Möglichkeit, den Arbeitstag nach Gusto des Kapitalisten zu kürzen, ohne dass er verpflichtet wäre, hierfür entweder noch zu zahlen, wenn der Arbeiter einfach bleibt und seine Arbeitskraft ganz nach Vertrag anbietet, oder über Regelungen wie zur Kurzarbeit, noch einen Anteil beizusteuern hat, den ‚Ausfall‘ zu zahlen. Ermöglicht wird: Dass der Arbeiter schlicht ohne jeden Cent nach Hause geschickt wird. Es passiert also genau dies: Der Schutz, den der 8-Stunden-Tag eben auch beinhaltete, als Schutz vor faktischer Erwerbslosigkeit, ist damit passé.

Und: Damit wird auch ein weiterer Zugriff auf die Kassen für den Krieg ermöglicht. Wurde bislang die Unfähigkeit der Kapitalisten, den Arbeitsvertrag und seine Stunden einzuhalten, u.a. dadurch ‚ausgeglichen‘, dass die Arbeiter sich aus ihren eigenen Kassen, wie beim Kurzarbeits-Geld, bezahlen, so fällt dies bei der Einführung einer Höchstarbeitszeit, die keinen Vertrag über einen festgelegten Normalarbeitstag mehr enthält, weg. Eine Kasse mehr für den Krieg, bezahlt aus Arbeiterhand, kann die Bourgeoisie da jubilieren. Und erneut eine Bedrohung der Existenz der Arbeiter mehr, und ein erneuter Wegfall einer ihrer kollektiven Absicherungen.

Und: Hinzu kommt der bereits genannte Angriff der Bourgeoisie auf die Organisation: Das A und O ist das ganz tatsächliche Kollektiv der Arbeiterklasse, das die Möglichkeit ihrer Vereinigung schafft, und dies ganz praktisch eben auch in Betriebsversammlungen. Ob die Klasse diese, ihre Möglichkeit derzeit besonders nützt, ist dabei nicht entscheidend

gleichwertige Alternativen zu Präsenzformaten. Zusätzlich soll die Option online zu wählen, im Betriebsverfassungsgesetz verankert werden. Wir ergänzen das Zugangsrecht der Gewerkschaften in die Betriebe um einen digitalen Zugang, der ihren analogen Rechten entspricht. Der Einsatz von KI im Unternehmen erfordert sowohl die Qualifizierung der Beschäftigten als auch die faire Regelung des Umgangs mit den Daten im Betrieb. Wir machen die Mitgliedschaft in Gewerkschaften durch steuerliche Anreize für Mitglieder attraktiver.’

(wobei das der Bourgeoisie den Angriff hierauf natürlich erleichtert). Entscheidend ist, dass die Möglichkeit, kollektiv zusammenzukommen, gegeben war, bis hin zur Möglichkeit, das Hausrecht in den Betriebsversammlungen zum Maulverbot des Kapitalisten anzuwenden. Die Zerschlagung dieser Möglichkeit aber bedeutet nicht nur den Betriebsrat zu entmachten, bedeutet vor allem die weitere Pulverisierung der Klasse. Keiner braucht ja wohl meinen, dass über eine Online-Video-Betriebsversammlung ein Streik organisierbar, geschweige denn aus dieser heraus ein solcher entstehen kann, geschweige denn, dass die zu sehende Kachel des Kollegen auch nur ansatzweise etwas darüber verrät, wie er zu was steht. Und Hausrecht des Betriebsrats? Pustekuchen: Ton abgedreht und aus. Rausgeworfen aus der Konferenz – und aus. Ohne dass dies zu sofortigen kollektiven Maßnahmen führen könnte. Und damit erfolgt aber auch dies: Der Kampf um einen kämpferischen Betriebsrat, der Kampf darum, dass einzelne kämpferische Betriebsräte sich den entscheidenden Rückhalt in einer Betriebsversammlung holen können, ist dahin. Andersherum heißt dies: Das Kapital kann sich den Betriebsrat als ihm getreuen Diener besser sichern.⁵

Wenn aber, und dies ist der Fall, die Arbeiterklasse denkt, die Festlegung einer Höchstarbeitszeit pro Woche könne zu ihrem Vorteil sein, weil sie auch mehr arbeiten könnten und dadurch ihren Lohn aufbessern⁶ – was also ist sofort zu tun? Gegen diesen faktischen Betrug – Arbeit würde Kriegsproduktion schaffen statt die Fabriken zu zerstören und ganze Länder in der Arbeit für den Tod seiner und in der internationalen Arbeiterbewegung und Klasse. Wir haben wir zu agitieren?

Erstens:

Die zentrale Front, die Front, die die Klasse eint und die der zentrale Angriffspunkt ist, ist die Front der Zerschlagung des 8-Stunden-Tags. Keine Agitation, die dies nicht in den Mittelpunkt setzen kann. Jedoch nicht als bloße Worthülse, losgelöst, denn das bringt uns keinen Deut weiter, wenn die Auflösung des 8-Stunden-Tags vom vereinzelter Arbeiter als Vorteil für ihn angesehen wird. Also eine Sicht des Gefangen im

⁵ Damit geht die Bourgeoisie einen anderen Weg als den der ‚einfachen‘ Entmachtung bzw. Zersetzung über faschistische Kräfte. Sie entmachtet nicht durch Abschaffung.

⁶ Und dass sie so denken, und die Gewerkschaftsführungen genau diesen Betrug begehen, sieht man an dem bereits abgeschlossenen ver.di Tarifvertrag. Und dem der IGM Württemberg: Der Verkauf des Arbeiters von einem Kapitalisten an einen anderen, ohne dass der Arbeitsvertrag mit dem Kapitalisten auch noch eine Rolle spielen würde. Geht er nicht ein auf seinen Verkauf – also nicht Leiharbeit von einem Vertrag mit einem Sklavenhändler – so hat der Arbeiter die Kündigung von dem Kapitalisten zu erwarten, mit dem er den Vertrag seines Verkaufs der Arbeitskraft nach vertraglichen Bedingungen geschlossen hat. Die IGM: War also am Tisch der Merz-Partei schon mal davor gesessen, bevor sie es in das Machwerk einer Kriegsregierung eingeschrieben hat mit der SPD, dem Steigbügelhalter.

Lohnsystem und als Individuum darüber hinaus und nicht als Arbeiter einer Klasse!

Also ist dies konkret zu machen: Die Auflösung des 8-Stunden-Tags bringt dir mitnichten eine bessere Existenzmöglichkeit durch Mehrarbeit und zusätzlichen Lohn. Sie bringt dir gerade das Gegenteil. Die Massenentlassungen werden dadurch nicht beendet werden, sondern die Auflösung des 8-Stunden-Tags wird gerade dazu führen, dass du weniger arbeitest, damit deinen Lohn verlierst und noch nicht einmal mehr auf deine Kassen in Form des Kurzarbeitergelds zurückgegriffen werden kann. Sondern schlicht: Weniger Arbeit. Und weniger Lohn .

Und mein' ja nicht, wenn die IG Metall dir sagt, das sei vorteilhaft für dich. Denn gerade dies verschweigt sie: Dass die nicht vorhandene Arbeit im Kapitalismus dir auch auf diesem Weg genommen wird, dass dadurch zudem auch unsere Kassen nicht mehr wenigstens anteilig für uns nützlich sind, sondern stattdessen die Kassen für den Krieg genützt werden.⁷ Und mein' ja nicht: Arbeit gibt's ja genug, im Zweifel in der Rüstungsproduktion. Nun erstens: Arbeit ist nicht gleich Arbeit (auch wenn natürlich auch die Produktion des Marmeladenglases am Ende für den Krieg ist). Nein: Arbeit für den Tod und die Zerstörung ist nicht unsere Arbeit. Aber es stimmt auch noch nicht einmal: Die Rüstungsproduktion mag dem einen oder anderen Arbeiter vorspiegeln, ‚Arbeit‘ zu haben, die nichts anderes bringt als Zerstörung und Tod Seinesgleichen, aber tatsächlich werden die Werke eben noch nicht einmal in dieser Anzahl in der Bundesrepublik entstehen, dass dies deine ‚Arbeit‘ sichern könnte.⁸

Nein, Kollege, nur dann, wenn der Kapitalist gefeuert ist, und die Zeit des Kapitalisten auf Null gesetzt ist – dann ja, dann gibt's Arbeit genug. Was also passiert hier: Du wirst tatsächlich für den Krieg ertüchtigt. Mit der staatlichen Arbeits-Dienstverpflichtung – als staatlicher Zwang (also der Faktor Aufhebung des Lohnsystem durch die Kriegs-Regierung und den staatlichen Gewalten-Apparat) und danach bleibt der Soldat und der Sold an der Front gegen das Proletariat gänzliche Rechtlosigkeit, bis du bereit

⁷ Und nur so sind auch die Kämpfe ‚gegen die Billionen‘ zu führen: Denn was hat die Initiative aus Regensburg gezeigt: Nein, nur mit der Losung gegen die Billionen für den Krieg bekommen wir das Proletariat nicht. Ohne den Zusammenhang also darzulegen: Was bedeutet das für dich und deine Existenz werden wir nicht weiterkommen. Das ist die Lehre aus den drei Versuchen in Bayern, gegen die Billionen auf die Straße zu gehen.

⁸ Stattdessen wird in der Ukraine produziert. Pappberger nennt weiterhin Litauen, vgl. Pappberger im Februar, und nun: ‚Unser Werk in Spanien wird noch größer. Dort bauen wir die Kapazitäten aktuell auf 450.000 Granaten pro Jahr aus. Ähnliches passiert in Litauen, am Freitag war ich in Dänemark, die wollen schnell ein Pulverwerk haben. Estland und Lettland sind jetzt dran. Heute Nachmittag ist eine Delegation aus Bulgarien hier, wir reden mit Polen und Rumänien. Alle wollen Werke – wir können sie bauen.‘ Handelsblatt-Interview; 17.4.25

sein sollst, jede ‚Arbeit‘, aber auch jede, anzunehmen, und die jungen Kollegen können dann gleich in den Schützengraben.

Also: Es ist sofortige Gegenwehr erforderlich – und dies, einmal wieder gesagt - nicht als ‚eigene Front‘, ‚neue Schublade‘ im Kampf um den Aufbau der Anti-Kriegs-Front. Nein, die Frage des 8- Stunden-Tags ist Teil davon: Es geht um den Frontalangriff gegen unsere Klasse, die für den Krieg zerschlagen werden muss.

Zweitens:

Und um diesen Frontalangriff abzuwehren, bedarf es aller unserer Mittel, auch unabdingbar der der Betriebsversammlung. Keine Zersetzung und Aufhebung dieser durch die Ermöglichung von Online-Betriebsversammlungen, sondern stattdessen: Ständige Betriebsversammlungen. Jede Versammlung wird von uns dazu gemacht werden müssen. Schützen können wir unsere Organe nur, wenn wir sie nützen. Und wofür müssen wir sie nützen, gerade jetzt: Für den Kampf gegen die Zerschlagung des 8-Stunden-Tags, gegen die Zersetzung unserer letzten Bastion, und natürlich gegen all die Angriffe, die damit zusammenhängen, die schlechteren Arbeitsverträge, der Kampf um die Abfindungen usw. Wie es eben der deutschen Arbeiterbewegung im Besondern schwer fällt ohne ihre Organisation im Betrieb keine Streikleitungen in dem Betrieb, und damit der zwingend dagegen erforderliche Generalstreik der Klasse ausbleibt in unserem Land. Und zugleich die Reste der Reaktion und der Kriegstreiber in den gewerkschaftlichen Resten in den VKs und der VKL wahrlich von der Bourgeoisie selbst einen Platz erhalten, die vom Arbeiter an den Bändern nicht mehr kontrolliert werden können und damit ihr Ausschluss der Klassenfeinde und Kriegstreiber in den Industriegewerkschaften aus der Gewerkschaft, fast im Schutz des Einzel-Kapitals des Betriebs, unmöglich wird. Ist eben nicht so weit entfernt zu den NAZIS und ihrer innerbetrieblichen Horden in faschistischer Organisation.

Und sicher, daneben gibt es eine Vielzahl weiterer Angriffe auf die Klasse im Koalitionsvertrag:

Angefangen bei der erneuten Einführung des völligen Leistungsentzugs bei einmaliger Verweigerung der Annahme eines Arbeitsangebots⁹, der Abschaffung der Karenzzeit für Vermögen⁹, der Einführung des vollständigen Datenaustauschs zwischen Sozial-, Finanz- und Sicherheitsbehörden, der faktischen Aufhebung des Renteneintrittsalters durch steuerfreie ‚finanzielle Anreize‘¹⁰, die Schaffung steuerlicher

⁹ Was ein Angriff natürlich auch auf die Frage der höheren Abfindungen ist, denn hierdurch werden diese entwertet, da diese verbraucht sein müssen bzw. kein Anspruch besteht, solange diese auf dem Konto sind.

¹⁰ Aus dem Koalitionsvertrag: ‚Ein abschlagsfreier Renteneintritt nach 45 Beitragsjahren wird auch künftig möglich bleiben. Gleichzeitig schaffen wir zusätzliche finanzielle Anreize, damit sich freiwilliges längeres Arbeiten mehr lohnt.

Anreize für Gewerkschaftsmitglieder und damit die Sicherung der Hauptstütze durch die Bourgeoisie. Und die Festlegung des Mindestlohns, der, wie schon bei seiner Einführung durch uns klargelegt, nichts anderes bedeutet – ohne Klassenkampf –, dass sich der Lohn auf diesen absenken wird.

Fortzusetzen bei etlichen Angriffen auf bürgerliche Rechte, durch Erweiterung von Zugriffen des Staats auf den Bürger, erneute Verstärkung der Geheimdienste usw. Wir haben diese Planung genauestens zu prüfen und zu beobachten. In keinem Fall aber darf es uns passieren, und hier auch nur ansatzweise zu zerfleddern und damit Gefahr laufen, die Hauptfront zu verlieren. Lassen wir uns in zahlreiche einzelne Fronten versprengen, ist der Kampf verloren. Und das heißt auch: Jede Bewegung von Seiten des Bürgertums, wenn sie denn entsteht, ist sehr scharf darauf zu prüfen, ob sie die Hauptpunkte mitenthält oder an der zentralen Front vorbeigeht und der Klasse damit nicht nützlich ist. Sondern nur bürgerlicher Wunsch und Traum, im Kapitalismus könnte man leben, wenigstens als Werktätiger oder unteres Bürgertum und sei es immer vom Proletariat und fremden Völkern.

Eine weitere Front aber dürfen wir dennoch nicht aus den Augen verlieren: Die massiven Angriffe auf die Kollegen, – auf bald jeden fünften Arbeiter und ihre Familien in Großbetrieben, die keine deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Die (im Übrigen gegen Grundgesetz, Europa- und Völkerrecht verstoßenden) Vorhaben gegen nicht-deutsche Staatsangehörige in Form der nochmals erleichterten Ausweisung, der Prüfung der Abschaffung individuellen Asyls, die Abschaffung des Grundrechts auf Asyl durch Zurückweisung an den Grenzen, die Prüfung des Entzugs einer Staatsangehörigkeit bei doppelter Staatsangehörigkeit – all dies sind Fragen, die unsere Kollegen in unserer Klasse wie aber auch die Werktätigen besonders treffen, und sind von uns in den Zeitungen mit Artikeln zu behandeln .

*aus der Plenartagung des Zentralkomitees
Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD
April 1925*

Statt einer weiteren Erhöhung des gesetzlichen Renteneintrittsalters wollen wir mehr Flexibilität beim Übergang vom Beruf in die Rente.'

SPLITTER
ZUR JÜNGSTEN ENTWICKLUNG DES
NOTSTANDS DER REPUBLIK IM KRIEG-
DER KRIEG IST IN DER WELT!
APRIL 2025

Deutsche Kriegswirtschaft – vom Plan zur Errichtung

Die deutsche Kriegswirtschaft gegen die Arbeiter und Völker Europas, die insbesondere die deutsche Arbeiterklasse im eigenen Land angreift, ihr riesige Lasten aufbürdet, sie entrechtet für den Raubkrieg des Finanzkapitals, die deutsche Kriegswirtschaft, in Ansätzen unter der Regierung Merkel immer wieder geplant, unter Kriegskanzler Scholz vom Kriegs- und Wirtschaftsministerium zum Kriegswirtschafts-Plan ausgearbeitet, bauen die deutsche Bourgeoisie, die deutschen Banken tagtäglich mit gewaltigen Mitteln auf. Vom Großkonzern wie Siemens, Porsche, Daimler LKW u.a. bis hin zu neu gegründeten Firmen der Drohnen-Hersteller etc., alle Ausbeuter und Räuber gieren nach den Maximalprofiten der Kriegsproduktion und stellen ihre Produktion um, zumal die Weltwirtschaftskrise sie dazu zwingt. Ihr Staat presst Billionen aus den Arbeitern und dem Volk heraus, erlässt Gesetze der Rechtlosigkeit für ihren Krieg, organisiert die Zwangsarbeit wie auch die Wehrpflicht. Kein Tag vergeht ohne Nachrichten über die Errichtung der Kriegswirtschaft, ob in der Produktion, ob durch die Militarisierung der Betriebe bis dahin, dass Konzerne wie Audi sich Bundeswehr – Offiziere a.D. in die Vorstände holen. Alles gegen das Proletariat noch abgedeckt durch die Hilfstruppen des Kapitals, die Gewerkschaftsführungen von oben bis in die untere Ebene.

Die im Koalitionsvertrag formulierte „Einführung eines mehrjährigen Investitionsplans für die Verteidigungsfähigkeit“ begeistert die zur gesellschaftlichen Planung nicht in der Lage seiende Bourgeoisie ungeheuer, was die Gazette des Finanzkapitals FAZ wie auch die des Mittelkapitals wie das Handelsblatt ausdrücken. Sie berichten, dass diese Planung die größte Zustimmung der Kapitalisten für den Koalitionsvertrag erfährt. Aber dies zeigt eben die Nähe zum planvoll aufbauenden Sozialismus. Arbeiter: WIDERSTAND tut NOT!

Das weitere Voranschreiten der Kriegswirtschaft

„**Hilferuf der Bundeswehr**“ unter diese Überschrift setzt das Handelsblatt vom 22. April seinen Leitartikel. Worum geht es?

Die Militarisierung von großen Teilen der Industrie steht schon lange auf der Tagesordnung. Insbesondere die Zirkulation und darin der Transport von Soldaten und Kriegsmaterial ist von enormer Bedeutung. Ohne Transport kein Krieg, keine Okkupation, keine Besatzung, kein Nachschub. Für Logistikkonzerne ist der Transport für die Bundeswehr, für den Staat, ein hoch profitables Geschäft. Privatfirmen wie auch die Bahn haben die größten Anteile am Transport, die Möglichkeiten des Militärs selbst sind gering. Selbst in Krisen- und Kriegsregionen transportieren Privatfirmen mehr als die Bundeswehr. Dafür reicht die LKW-Flotte des Militärs bei weitem nicht. Den See- und Lufttransport haben die Kapitalisten fast zu 100% in der Hand. Die Verzahnung von Privatindustrie und Militär in der Militarisierung der Wirtschaft. Einziges Problem bisher: Logistikkonzerne wie Schenker & Co. beuten oft Fahrer ohne Pass der BRD aus und diese können nicht gezwungen werden, im Krieg für den deutschen Herrenmenschen zu fahren.

Neben der Bahn für deutsche Kriegstransporte nimmt der Logistik-Konzern Lufthansa eine immer bedeutendere Rolle in der Kriegswirtschaft ein. Neben dem Transport von Gütern und Soldaten hat die Lufthansa Technik eine Abteilung Defense gegründet, die Militärflugzeuge wie die F 35 wartet und nun auch die Wartung von Kampfhubschraubern übernimmt. Dabei sind außerdem Rheinmetall und die Münchner Technologiefirma ESG, ein Software-Hersteller. Die Trennung zwischen zivil und militärisch ist auch hier sichtbar nicht vorhanden wie in der gesamten Wirtschaft der BRD – auch die Marmeladeproduktion wird zur Kriegsproduktion (siehe den Artikel von Genosse MLA in der KAZ 197 von 1981). Die Lufthansa ist nun in Gesprächen mit der Bundeswehr für die Übernahme der Grundausbildung von Kampffjet-Piloten bei der Flugschule der Lufthansa. Auf dem Flughafen in Rostock-Laage trainiert die Lufthansa bereits Drohnenpiloten der Bundeswehr. Anders als bei der Deutschen Bahn fehlt den Militärs aber noch ein Vorhaltevertrag, also den Aufbau und das Vorhalten von Kapazitäten, die ganz kurzfristig einsatzbereit sein müssen. Will die Bundeswehr kurzfristig 20.000 Soldaten an die Ostfront werfen, müssen auch ausreichend Lufthansa-Besatzungen bereit stehen sie zu fliegen. Doch hierfür genügen beileibe nicht die freiwilligen Piloten, die bereit sind, die Flugzeuge auch Richtung Moskau zu steuern. Auch hieraus wird die Notwendigkeit einer Dienstpflicht, der Zwangsarbeit für den deutschen Krieg sichtbar. Denn das Militär alleine ist nie und nimmer in der Lage, alle Transporte mit eigenen Flugzeugen, Bahnen oder LKW zu leisten. Ohne Privatfirmen ist der moderne Krieg der Massenheere nicht zu machen, auch hierin zeigt sich die Notwendigkeit der Militarisierung aller Bereiche der Gesellschaft. Und auch hier ist nicht das Wichtigste der Panzer oder die IT, sondern wie immer der Mensch. Woraus die Notwendigkeit

erwächst der Schaffung eines Militärzuchthauses, wie Lenin den deutschen Imperialismus 1916 charakterisierte. Und darin zugleich den Sozialismus durch das Fenster schauen sah.

Auf der Schiene hat das Militär auch Transportkapazitäten, aber die Planung und Durchführung organisiert zu 100% die DB Cargo. Doch auch die Bahntochter kann heute „nicht“ mal ein Viertel der Waggons im Kriegsfall zur Verfügung stellen. Private Bahnfirmen winkten bislang ab, da sie nicht genügend Loks, Fahrer und Waggons in kürzester Frist im Einsatz stellen können. Auf die Bahn hat die Bundeswehr mit der Streitkräfte-Verkehrsleistungsverordnung Zugriffsmöglichkeiten, nicht aber auf die Privaten.

Ein weiteres Problem der Bahnen ist der große Mangel an Dieselloks nach Angriffen auf das Stromnetz, die überall fehlen. Doch auch der deutsche Imperialismus kann nicht über Nacht mal 500 Dieselloks produzieren, zumal sie erst mal nur rumstehen würden.

Ein weiteres Problem für die Bundeswehr ist die größere Spurweite in dem Okkupationsgebiet Litauen und den anderen ehemaligen Sowjetrepubliken, um ohne großen Zeitaufwand umzuladen bzw. die aus der Sowjetunion kommenden an den Grenzbahnhöfen gegebenen Fahrgestell -Umwandlung-Bahnanlagen sich noch oder schon okkupiert zu haben anwenden zu können.

Weiteres Problem: Die Bundeswehr hat keinen eigenen Seetransport. Dieser läuft über einen Kooperationsvertrag mit der dänischen Reederei DFDS Seaways.

Weiteres Problem: Kerosin für die Militärflugzeuge, auf die 60% des gesamten Kraftstoffverbrauchs der Bundeswehr entfallen. In der BRD existiert ein Pipeline-Netz für die Versorgung der Flughäfen im Westen über die Duisburger Tanklagerfirma Tanquid, aber im Zuge der Annexion der DDR und des 2+4-Vertrag sagte die Regierung der BRD den Alliierten zu, das Netz nicht weiter nach Osten zu erweitern – eine weitere Notwendigkeit der deutschen Angriffe auf den völkerrechtlichen Vertrag.

Weiteres Problem: Die Zerschlagung der Bahn und der Verkauf der LKW-Logistik Schenker. Dadurch muss die Bundeswehr auf zivile Anbieter zurückgreifen und Verträge mit ihnen schließen. Der größte Anbieter für den LKW-Transport sind also Privatfirmen, und die können keine großen Kapazitäten vorhalten. Aber hier greifen schon die Notstandsgesetze. Jedoch fehlen dann Kapazitäten für die Kriegsproduktion selbst.

All ihre Probleme erfreuen den Anti-Militaristen. Der Aufbau der Kriegswirtschaft jedoch wird dadurch nicht ins Stocken geraten, da sind schon die Arbeitertaten gefragt.

Deswegen ist es nötig, mit Arbeitern z.B. vom Flughafen wie in Frankfurt sich an einen Tisch zu setzen, ihnen ihre Lage klar zu machen und zu Taten zu kommen, denn das Lufthansa-Kapital ist längst auf dem Vormarsch durch die Kooperation mit der Bundeswehr für die

Militarisierung des Flughafens durch Soldatenregimenter beim Flughafen-Betreiber Fraport. Sowie durch die Angriffe auf kämpferische Betriebsräte, wir berichteten darüber.

Aggressivste Teile der Monopolbourgeoisie gieren nach dem Drohnenwall an der Ostfront

Der Vorstandsvorsitzende des Rüstungskonzerns Airbus verlangt den Aufbau eines Drohnen-Walls an der gesamten Ostfront gegen Russland. Zustimmung erhält er auch von anderen Drohnenherstellern aus kleineren Betrieben wie Hensoldt oder Quantum, die daraus ungeheure Maximal-Profitte ziehen würden. Deren Einsatz wäre der millionenfache Arbeitermord an der Klasse, die als erste aus dem Weltgemetzel ausgeschieden ist durch die proletarische Revolution 1917 und uns 1945 befreite – Dank euch, ihr Sowjetsoldaten. Es ist die im Imperialismus nie endende Rache an dem klassenbewussten Proletariat, dem insbesondere in Zeiten der Morgenröte, in Zeiten des den Erdball umspannenden Totengräbers durch blanken Arbeitermord ein neues 1917 mit allen militärischen Mitteln verunmöglicht werden soll, zugleich jedoch an das Kaffeesiebchen am Meer erinnert, mit dem der Herr von Papen in Heartfields Fotomontage den kommunistischen Sumpf trocken legen will.

Noch hindert die Arbeiterklasse hier das Airbus-Kapital nicht an den größtenwahnsinnigen Kriegen, den alten Kriegsverbrecher durch ihren Sturmangriff gegen die Grundfesten des Imperialismus am Aufbau und der Organisation des III. Arbeiter- und Völkermords, sondern der deutsche Kriegsminister hat nur Bedenken. Bedenken derart, wie er den Weg nach Moskau besser freibomben kann mit anderen Waffengattungen als Drohnen, die oft schon aufgrund rasanter Neuentwicklungen der IT nach vier Wochen wieder veraltet und damit nicht nur wert-, sondern insbesondere im Krieg nutzlos sein können. Oder, an die längst darin erfolgende Produktion von Unterworfenen, Techniker und Arbeiter in der Ukraine, und der dortigen Herstellung in die deutsche Hand der Nato-Kriegsallianz sich okkupiert.

Stattdessen diskutiert das deutsche Kriegskabinett über eine neue nukleare Teilhabe an Frankreichs Atomwaffen, experimentiert in Jülich und Gronau weiter an der Urananreicherung für Atombomben und führt einen Angriffskrieg gegen das Internationale Völkerrecht des 2+4-Vertrags, der deutschen Atomwaffen einen Riegel vorschiebt. Jedoch am Proletariat liegt

es, ob der Riegel nur Papier bleibt. Wir berichteten nun schon mehrmals, welche Bedrohung durch die deutsche Atombewaffnung, die Kriegsminister Strauß schon Ende der 50er, Anfang der 60er Jahre verlangte, und die Beseitigung der völkerrechtlichen Hürde des 2+4-Vertrags dem Proletariat entsteht und es ist Zeit, den Widerstand in unserer Klasse durch kleine Enthüllungartikel in den Betriebszeitungen und Stadtflugschriften mit zu entfachen. Und die damals gegebenen Veröffentlichungen und Publikationen der Organisation unter Strauß etc. noch mal zu Kenntnis zu nehmen.

Panzersperren an der Ostfront

Die drei baltische Staaten Litauen, Lettland und Estland, alle drei okkupiert von Imperialisten der NATO (Litauen durch die BRD; Lettland durch Kanada und Estland durch England) beschlossen im Januar letzten Jahres die Errichtung einer Frontlinie („Baltische Verteidigungslinie“) gegen die Russische Föderation und Belarus. Sie soll bestehen bzw. besteht aus Panzersperren aus Betonblöcken (Drachenzähnen) sowie verschweißten Stahlträgern (Spanische Reiter), aus Stacheldrahtzäunen und Minen wie Panzerabwehrminen, einer Bunkieranlage aus mindestens 600 Stahlbetonbunkern für eingelagertes Kriegsmaterial und als Kampfbunker für Soldaten, wobei alleine Lettland inzwischen 600 Bunker aufbauen will. Ganze Straßen an der Grenze werden ausgebaggert und zu Panzergräben umfunktioniert. Brücken werden vermint oder z.T. wie in Litauen gleich ganz abgerissen. Hinzu kommen Maschinengewehrnester oder auch Stellungen für Artilleriesysteme.

Bald kommen noch Antipersonenminen hinzu, wofür Litauen, Lettland, Estland und auch Polen sowie Anfang April auch Finnland 2025 aus dem Abkommen gegen Personenminen von Ottawa aussteigen werden. Dieses Abkommen verbietet den Einsatz, die Lagerung und die Herstellung dieser menschenzerfetzenden Waffen und wurde von 160 Staaten unterzeichnet, darunter auch die BRD – die nun das okkupierte Litauen vorschickt im Krieg gegen die Arbeiter Russlands und anderer ehemaliger Sowjetrepubliken.

Die Betonsperren werden von lettischen u.a. Firmen der baltischen Staaten hergestellt.

Die geschätzten Kosten belaufen sich auf über 600 Millionen, was in den kleinen, ökonomisch äußerst schwachen Ländern für hunderttausende

Menschen den blanken Hunger bedeutet. Und sie in die Arbeit in den Arbeitermord zwingt, eben auch von der 5. Kolone der Konterrevolution in diesen Gebieten der ehemaligen SU. Fest eingeplant waren Ende 2024 über 55 Millionen in den Staatshaushalten. Die Staatschefs Litauens, Lettlands, Estlands und Polens unterzeichneten im Herbst 2024 ein Schreiben an die EU-Kommission mit der Aufforderung, ihnen die „Verteidigungslinie“ mit 2,5 Milliarden Dollar zu finanzieren.- die dann das Volk dieser Gebiete in der Ausbeutung von ihm zurückzuzahlen hat. Beschlüsse der EU sind eben Beschlüsse des Kriegsprofits zu Lasten der unterworfenen Völker.

Noch gibt es Verhandlungen mit den privaten Besitzern des Raubs des sozialistischen Eigentums, des Grund und Bodens an den Grenzen zu Russland und Belarus über die Nutzung der Landflächen in Grenznähe für all die Gräben, Zäune, Bunker etc. Sie scheinen darauf hinauszulaufen, dass der Boden im „Privatbesitz bleibt“, er aber vom Okkupationsstaat für den Krieg genutzt werden kann. Über Miete oder Pachtzahlungen ist nichts bekannt.

Ebenso nichts darüber, dass das deutsche Militär dem litauischen Okkupierten und ihrem Gewaltenapparat Staat auch nur einen Cent dafür bezahlt.

Diese Frontlinie „Teile und Herrsche“ ist eine Sperre gegen die Verbrüderung und die Wiedervereinigung in der gemeinsamen notwendigen proletarischen Revolution der Arbeiter und des Volkes der ehemaligen Sowjetrepubliken über neu geschaffene Grenzen hinweg gegen ihre Feinde, die Oligarchen und Okkupanten-Imperialisten. Die erneute revolutionäre Erhebung in Russland und die Vereinigung mit etwa den Arbeitern der baltischen Staaten werden sie mit Drohnen, Panzersperren oder Minen erschweren, aber keinesfalls aufhalten können. Aber sie werden in der Arbeiterrevolution den Tod der Arbeiter vergrößern in ihrer gemeinsamen revolutionären Erhebung. (Tagesspiegel, Euronews, Deutschlandfunk, ntv, FR, Welt, angengradeaus.de)

Pulverfass Europa

Erneut stieg der Waffenhandel weltweit. Weit mehr als der weltweite stieg der Handel der europäischen Staaten. Ihr Anteil an den weltweiten Rüstungsimporten lag im Zeitraum 2015 bis 2019 noch bei 11% und stieg von 2020 bis 2024 auf gewaltige 28%! Der Anteil Europas an den weltweiten Rüstungsexporten liegt gar bei 30%. Der Anteil der westlichen

Staaten am weltweiten Waffenhandel machte 73% aus. Der Anstieg der europäischen Kriegshaushalte lag mit 11,7% um mehr als die Hälfte über dem globalen Durchschnitt. gfp, 11.3.25

Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD zum Kriegshaushalt¹¹

¹¹Die neuen Minister und Staatssekretäre der Merz-Regierung: Nun, der Merz ist eben schon wie fast alle neu gewählten Regierungen ein offenes Buch darin, dass die Vorlage dazu aus der USA - und dort am weitesten schon praktiziert. Schon Vertreter der Milliardäre und bei Trump sich die Milliardäre herabgelassen haben, das Regieren in die eigene Hand zu nehmen, als Diktatorische über die Klasse zu regieren um ihren Maximal-Profit direkt aus dem eigenen Wucherstaat zu ziehen und mit ihm die Konkurrenz des Kapitalismus sich damit zu unterwerfen; also unser Programm nicht nur bestätigen. Und darin sich eben den Gewaltenapparat, Gerichte wie ALLE Ebenen des Staats und auch die Intelligenz wie die Wissenschaft zu unterwerfen. Und der kleine deutsche als ehemaliger kleiner Finanzier unter dem Monopol es jetzt ihnen in der kommenden Kriegsregierung Merz und SPD sagen wo es lang geht. Schaut man die USA-Nachrichten, ist Trump wie eine Puppe an Fäden der Gruppe der Milliardäre insbesondere aus dem KI Bereich - als der Industrie und Warenverkäufer seiner Produkte, die immer mehr die Produktion bestimmt, wenn auch eben nicht gerade in der industriellen Produktion. Diese kann man auch in der USA als veraltet ansehen und damit besteht der Konkurrenzkampf zu China, aber auch schon zu anderen Ländern wie Indien und ist ein echter Kriegsgrund. So wird auch darin die bürgerliche Kultur und Kunst gänzlich unterworfen werden, denn die KI ist wahrlich Vernichtung des menschlichen Wissens und vor allem die Phantasie der Kunst die Welt neu zu interpretieren. Und die Jugend kennt aus Falschnachrichten die Welt noch wenig und wird damit weitgehend in die Asozialität getrieben. Das Elend nimmt eben kein Ende am Ende des Imperialismus und seiner verspäteten proletarische Revolution. Da ist Merz nur der Nächsten an den Fäden des deutschen Monopolkapitals und seiner Minister in der Regierung usw.

P.S. Für uns Kommunisten, wie insbesondere als Mitbegründer des Komitee für den Befreiungskampf des Vietnamesischen Volkes von 1962 sind die gerade gegebenen Tage ein Großes Ereignis. Es jähren sich die Tage und Wochen, als die FNL und die KP und Ho Chi Min sich vor 50 Jahren befreiten mit dem Sieg über den Hauptfeind der Völker, die USA, und nach einem mehr als 70-jährigen Befreiungskrieg. Es lohnt eine halbe Stunde sich zu nehmen um in der Sondernummer der KAZ zu lesen. Dieses Volk hat eben nicht nur gesiegt, sondern den Maßstab gelegt, was eine Arbeiterklasse kann, so klein sie zahlenmäßig noch war, eben wenn das Volk unter kommunistischer Führung in den Kampf geführt wird. Nun, die zahlenmäßig starke deutsche Arbeiterbewegung müsste mit Tausend Millionären und Milliarden und demnächst weniger Billionären wohl doch fertig werden, um wenigstens eine Merz-Regierung im Rhein bei der Lorelei zu versenken! Es bedarf dazu nur eines Generalstreiks mit der Ausdauer bis diese Kriegsregierung abgedankt hat und aus den Streikleitungen sich die ersten Anfänge einer Arbeiterregierung

Wir dokumentieren die Informationsstelle Militarisierung

„IMI-Standpunkt 2025/025

Koalitionsvertrag der Ausrüster – Auf dem Weg in die Militärrepublik

von: Tobias Pflüger und Jürgen Wagner | Veröffentlicht am: 10. April 2025

Die Spitzen von Union und SPD stellten am 9. April 2025 ihren Koalitionsvertrag vor, der mit aller Wahrscheinlichkeit die Geschäftsgrundlage einer künftigen Merz-Regierung darstellen wird. Naturgemäß wird in derlei Rahmenpapieren eigentlich nicht allzu tief ins Detail gegangen, die grundlegende Stoßrichtung einer weiteren Verschärfung der deutschen Aufrüstungspolitik ist allerdings klar ersichtlich. Dies gilt vor allem für die Bereiche militärisches Bauen, Infrastruktur und Beschaffung, wo nahezu alle Schranken etwa in Form von Umweltauflagen abgeräumt werden sollen. Besonders problematisch sind die Teile zur inneren „Sicherheit“, die den Weg zu einer flächendeckenden Militarisierung der Republik vorzeichnen.

Deshalb ist es dringend notwendig, dass sich Widerstand gegen diese Pläne formiert. Zumal die Verschiebungen innerhalb der SPD, weg von den – zumindest halbwegs – moderaten Kräften um Rolf Mützenich hin zu seinem Nachfolger als Fraktionschef Lars Klingbeil sowie zu Boris Pistorius, der aller Wahrscheinlichkeit nach Verteidigungsminister bleiben wird, wohl leider dafür sorgen dürften, dass aktuell teils noch etwas vage Passagen weiter mit militaristischer Substanz gefüllt werden.

entwickeln und der Anfang gemacht ist und der heutige Abwehrkampf sich in einen offensiven gewendet hat. Das sagen die heutigen Tage im Erinnern an ein vietnamesisches Volk und eine kommunistische Führung mit solch klaren Grundsätzen und Wissen über den M-L wie zu Zeiten Ho Chi Minhs. Man braucht sich eben nicht unter Siemens stellen, wie zur Zeit wieder gegeben. Es liegt eben an der Arbeiterklasse selbst und darin auch der Haltung gegenüber ihrer Avantgarde, siehe unser Statut dazu. Kritik ist eben die Sache einer revolutionären, kämpfenden Klasse an ihrer Avantgarde. Ohne dies wird es eben sehr schwierig auch für die Partei des Proletariats. Wer meint, die Kritik innerhalb der Partei wäre es, der ist kein Leninist. Das, wusste schon Marx, ist das Proletariat selbst. Man muss eben nur gut zuhören, z.B. der Satz eines Arbeiters bei Daimler Mannheim: "Was ihr Kommunisten alles wisst!" Eben!! Aber organisieren wir mit dem Wissen sie, also nützen wir alle in ihrer Klasse gegebenen Widersprüche wirklich? Kann sich jeder selbst beantworten! Ge Helge

Schon in der Präambel des Koalitionsvertrages ist zu lesen: „*Wir stärken unsere Verteidigungs- und Abschreckungsfähigkeit, um Freiheit und Frieden zu sichern. Stärke ist die Voraussetzung für Frieden. Deshalb wollen wir uns verteidigen können, um uns nicht verteidigen zu müssen. Mit Entscheidungen zur künftigen Finanzierung und Architektur unserer Sicherheit haben wir die Grundlage dafür gelegt, uns jeder äußeren Bedrohung erfolgreich zu erwehren. Wir stehen an der Seite der Ukraine, die auch unsere Freiheit und die Prinzipien der regelbasierten Ordnung verteidigt, und setzen auf einen gerechten und gemeinsam mit der Ukraine ausverhandelten Frieden.*“ Eine Umschreibung, dass die Bundesrepublik Deutschland extrem hochgerüstet wird und eben nicht nur militärische Verteidigung, sondern auch militärischen Angriff vorbereitet.

Umbau der Industrie auf militärische Kriterien

Zuerst einmal fällt auf, dass Fragen von Militär und Rüstung den gesamten Koalitionsvertrag von CDU/CSU/SPD durchziehen. Drei Beispiele gleich zu Beginn sind die Passagen zu Raumfahrtindustrie, Luftfahrtindustrie und maritimer Wirtschaft: „*Raumfahrt ist eine Zukunfts- und Schlüsseltechnologie und auch für unsere Sicherheit und unsere militärischen Fähigkeiten zentral*“. (Koalitionsvertrag CDU/CSU/SPD) In einer dpa-Meldung, die u.a. im Nordkurier und der Augsburgener Allgemeine zitiert wird, heißt es dazu lapidar: „*Deutschland bekommt erstmals ein Raumfahrtministerium. Dafür soll das bisherige Ministerium für Bildung und Forschung zerschlagen werden.*“ Dementsprechend findet sich im hinteren Teil des Koalitionsvertrages, der konkreter auf militärpolitische Fragen eingeht, unter anderem die Ankündigung, man wolle eine „*nationale Weltraumsicherheitsstrategie*“ noch „*im ersten Regierungsjahr veröffentlichen.*“

Beim der Luftfahrtindustrie steht: „*Wir werden bis Ende des Jahres eine Strategie entwickeln, die die Fragen der zivilen und militärischen Luftfahrtindustrie sowie die Stärkung des Luftverkehrsstandortes zusammendenkt, und werden diese in dieser Legislaturperiode umsetzen.*“ Ein Hinweis, dass es hier zu einer immer weiteren Vermischung ziviler und militärischer Flugindustrie kommt. Die Beteiligung von Lufthansa an der Entwicklung der F-35 für Deutschland ist dafür nur ein Beispiel.

Bezüglich maritimer Wirtschaft heißt es u.a.: „*Wir sind auf eine wettbewerbsfähige Hafeninfrastruktur mit guter Hinterlandanbindung angewiesen, die auch militärische und energiepolitische Erfordernisse*

berücksichtigt.“ Bei der Förderung von Wirtschaftsunternehmen soll also immer auch der militärische Aspekt eine zentrale Rolle spielen. Das ist indirekt auch ein Hinweis auf den verabschiedeten Operationsplan Deutschland („OPLAN DEU“), mit dem eine enge zivilmilitärische Zusammenarbeit organisiert werden soll. (siehe IMI-Analyse 2024/18)

Militarisierung der inneren „Sicherheit“

Der Operationsplan Deutschland wird denn auch gleich zweimal konkret angesprochen. So heißt es beim Thema Zivilschutz: „Durch eine Änderung der Rechtslage in der Zivilen Verteidigung ermöglichen wir Handlungsfähigkeit bereits vor dem Spannungs- und Verteidigungsfall. Die Gesamtverteidigung und insbesondere die Umsetzung des OPLAN Deutschland wird als militärische und zivile Aufgabe auf Ebene der Bundesregierung gemeinsam gesteuert und koordiniert. Die Zusammenarbeit zwischen Sicherheits-, Zivilschutzbehörden und Bundeswehr bauen wir aus.“

Das zweite Mal ist vom Operationsplan Deutschland beim Themenbereich „Inneres“ die Rede: Dort wird eine „Zeitenwende“ in der „Inneren Sicherheit“ angekündigt, mit vielen Maßnahmen, die eher nach innerer Aufrüstung als nach „Sicherheit“ klingen. „Mit gestärkten Sicherheits-, Zivil- und Katastrophenschutzbehörden, zeitgemäßen digitalen Befugnissen, neuen Fähigkeiten und ausreichend Personal starten wir eine Sicherheitsoffensive und nutzen dabei auch die neuen Finanzierungsinstrumente zugunsten von Bund und Ländern.“

Geld ist genügend da

Mit neuen Finanzierungsinstrumenten sind wohl die Hunderte-Milliarden-Programme Infrastruktur und Rüstung gemeint. Beim 500-Milliarden-Infrastrukturprogramm spielen militärische Aspekte eine wesentliche Rolle. (siehe IMI-Analyse 2025/09) Und das nach oben offene Hunderte- Milliarden-Aufrüstungsprogramm ist dank der Grünen auch für Zivilschutz, Geheimdienste und laut Koalitionsvertrag offensichtlich auch für die sogenannte „innere Sicherheit“, sprich innere Aufrüstung, nutzbar. Diesmal ist ohne Abkürzung vom „Operationsplan Deutschland“ bei den Kommunen die Rede: „Auf Grundlage des Operationsplans Deutschland sorgen wir im Zusammenspiel mit den Ländern dort für die notwendigen Investitionen und dauerhafte Finanzierung.“ Es geht um die Umsetzung des

OPLAN DEU in den Kommunen u.a. durch enge zivil-militärische Kooperationen vor Ort.

Die auffälligste Stelle, an der das Papier reichlich vage bleibt, ist die Frage der künftigen Militärausgaben. Dazu heißt es zwar, sie sollen „*bis zum Ende der Legislaturperiode deutlich und stringent steigen*“, dabei aber auch einen Betrag zu nennen wird tunlichst vermieden. Auf der anderen Seite gibt die Formulierung, die „*Höhe unserer Verteidigungsausgaben richtet sich nach den in der NATO gemeinsam vereinbarten Fähigkeitszielen*“, dann doch einen Hinweis: Berichten zufolge soll die NATO errechnet haben, dass zur Umsetzung der besagten Fähigkeitsziele jedes Land 3,6% seines Bruttoinlandsproduktes ins Militär stecken müsste – 2024 beläuft sich dieser Wert im Falle Deutschlands auf 2,12% des Bruttoinlandsproduktes (BIP) (siehe IMI-Studie 2025/01).

Wehrpflicht „zunächst“ noch nicht, aber Wiedereinführung der Wehrerfassung

Was die angesichts des angestrebten Aufwuchses der Truppe für erforderlich erachtete Intensivierung der Rekrutierungsbemühungen anbelangt, ist unter anderem von einer „*Stärkung der Rolle der Jugendoffiziere*“ die Rede, ohne dass konkreter benannt wurde, was das genau beinhalten soll. Es ist aber damit zu rechnen, dass damit die Präsenz der Jugendoffiziere an Schulen weiter ausgebaut werden soll. Die aus Teilen der Union immer wieder heftig geforderte vollumfängliche Re-Aktivierung der Wehrpflicht, bleibt – vorerst! – aus. Erst einmal soll der durch die vorgezogenen Wahlen verzögerte Plan eines „*Wehrdienst, der zunächst auf Freiwilligkeit basiert*“, umgesetzt werden, also ein für männliche Jugendliche verpflichtender Fragebogen, in dem sich aber noch gegen einen Dienst bei der Bundeswehr (oder anderswo) ausgesprochen werden kann. Entscheidend dürfte hier das Wort „zunächst“ sein, da es mehr als fraglich ist, dass hierüber die anvisierten Rekrutierungsziele erreicht werden und sobald dies offensichtlich werden sollte, dürften die Rufe nach der Wehrpflicht (plus Erweiterung auf Frauen und Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht) wieder deutlich lauter werden (siehe IMI-Studie 2024/05). Entscheidend ist aber, dass jetzt das mit der Wehrpflicht ausgesetzte Erfassungssystem rasch wieder etabliert werden soll, was zur Erfassung aller jungen Menschen führen wird und nicht zuletzt auch von großer Bedeutung für den anvisierten Aufwuchs der Reserve ist (siehe IMI-

Analyse 2025/03). Die Koalition will noch in *„diesem Jahr die Voraussetzungen für eine Wehrerfassung und Wehrüberwachung schaffen.“*

Begleitet wird das Ganze durch die weitere Stärkung von „Reserve“ und „Heimatschutz“, dabei gehe es darum, diese (Vor)-Truppenteile „entsprechend aus(zu)statten und sie strukturell und gesellschaftlich (!) besser (zu) verankern.“

Bahn frei: Bauen – Rüsten – Beschaffen – Exportieren

Am genauesten geht der Koalitionsvertrag auf Maßnahmen zur Vereinfachung des militärischen Bauens, der Beschaffung und der Produktion ein, allesamt Elemente, die für eine Teilumstellung in Richtung einer Kriegswirtschaft stehen. Orientiert wird sich dabei an der im Dezember 2024 veröffentlichten „Nationale(n) Sicherheits- und Verteidigungsstrategie“ (siehe IMI-Analyse 2024/52). Falls alle Stricke reißen, will der Staat notfalls auch gleich selber in relevante Rüstungsunternehmen einsteigen, eine Entwicklung, die sich ebenfalls bereits länger abzeichnet (siehe IMI-Analyse 2025/01). Im Koalitionsvertrag heißt es dazu: *„Wenn die vollumfängliche Gewährleistung der Sicherheits- und Verteidigungsinteressen Deutschlands durch Änderungen der Eigentums- und Anteilsverhältnisse an Schlüsselunternehmen der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie bedroht ist, werden wir auch strategische Beteiligungen des Bundes in Betracht ziehen.“*

Weiter will man in *„besonders kritischen Bereichen“* laut Koalitionsvertrag *„verstärkt mit Vorhalteverträgen und Abnahmegarantien arbeiten“*. Gleichzeitig heißt es, *„bereits erfolgte Zertifizierungen und Zulassungen von Partnernationen erkennen wir [...] an.“* Ferner soll eine *„deutliche Steigerung der jährlichen Investitionen in militärische Infrastruktur“* erfolgen und *„das Genehmigungs- und Vergaberecht“* will man *„durch mehr Eigenvollzugskompetenzen für die Bundeswehr vereinfachen.“*

Für „militärische Bauvorhaben“ soll es ein „Bundeswehrinfrastrukturbeschleunigungsgesetz“ mit „Ausnahmeregelungen im Bau-, Umwelt- und Vergaberecht sowie beim Schutz und der Widmung militärischer Flächen“ geben. Generell genießen militärische Baubelange künftig Vorrang gegenüber Erwägungen, die etwa mit Denkmal-, Landschafts- oder Umweltschutz zusammenhängen: *„Die*

Belange und die Infrastrukturmaßnahmen zur Gesamtverteidigung sind als überragendes öffentliches Interesse festzuschreiben und in der Umsetzung gegenüber anderen staatlichen Aufgaben zu priorisieren.“

Mit Blick auf die Rüstungsforschung sollen „Hemmnisse, die beispielsweise Dual-Use-Forschung oder auch zivil-militärische Forschungsk Kooperationen erschweren, abgebaut werden.“ Der Beschaffung soll mit einem „Beschaffungsbeschleunigungsgesetz“ gedient werden, wobei die bisherige Kontrollpflicht des Bundestages für Projekte über 25 Mio. Euro angehoben werden soll: *„Wir werden das Verfahren der Parlamentsbeteiligung in Beschaffungsfragen beschleunigen und empfehlen, die Höhe des Schwellenwertes für Beschaffungsvorlagen zu erhöhen.“*

Interessant und bezeichnend, wie konkret der Ausbau und die Unterstützung der „neuer Technologien“ für die Bundeswehr und damit die Förderung der bundesdeutschen Rüstungsindustrie im Koalitionsvertrag formuliert wird: *„Wir fördern verstärkt Zukunftstechnologien für die Bundeswehr und führen diese in die Streitkräfte ein. Dies gilt insbesondere für die Bereiche: Satellitensysteme, Künstliche Intelligenz, unbemannte (auch kampffähige) Systeme, Elektronischer Kampf, Cyber, Software Defined Defense und Cloud-Anwendungen sowie Hyperschallsysteme. Hierzu ist auch ein vereinfachter Zugang und vertiefter Austausch mit Forschungseinrichtungen, dem akademischen Umfeld, Start-Ups und Industrie notwendig. Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen und europäischen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie einschließlich des wehrtechnischen Mittelstandes ist durch langfristig planbare Beauftragungen und vereinfachten Kapitalzugang zu stärken. Wir schaffen hierzu resilientere Lieferketten. Damit maximieren wir die deutsche und europäische Handlungsautonomie. Bei Rüstungskäufen außerhalb des EU-Vergaberechts werden wir Offset-Möglichkeiten nutzen.“*

Rüstungsexporte sollen zunehmen und nach „unseren Interessen“ erfolgen

Und damit die ganzen Rüstungsgüter auch profitabel ins Ausland verschербelt werden können, ist zu lesen: *„Wir richten unsere Rüstungsexporte stärker an unseren Interessen in der Außen-, Wirtschafts- und Sicherheitspolitik aus.“* „Wir wollen eine strategisch ausgerichtete Rüstungsexportpolitik, welche der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie, ihren ausländischen Partnern sowie ihren Kunden

Verlässlichkeit gibt. Die Unterstützung von Rüstungsexporten über Government-to-Government-Vereinbarungen bauen wir aus.“ Sprich, die Bundesregierung wird verstärkt selbst Rüstungsexporteur. Und „Exportkontrollgenehmigungen müssen rascher und koordinierter geprüft werden. Wir streben eine Harmonisierung der europäischen Rüstungsexportregeln an.“ Das heißt, die aufgrund der vermehrten „eigenen“, also deutschen und europäischen, Rüstungsprojekte ebenfalls zunehmenden Rüstungsexporte werden weiter enorm zunehmen. Die einzige vage und interpretierbare Einschränkung ist noch: „Rüstungsexporte, bei denen ein erhebliches konkretes Risiko besteht, dass diese zur internen Repression oder in Verletzung des internationalen Rechts eingesetzt werden, lehnen wir grundsätzlich ab.“

Resümee

Der Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD 2025 ist ein Aufrüstungs-Koalitionsvertrag, viele gesellschaftliche Bereiche sollen militärisch nutzbar und durchsetzt werden. Das Infrastruktur-Investitionspaket, dessen Gelder auch nach militärischen Kriterien vergeben werden sollen und das hunderte Milliarden starke Aufrüstungsfinanzpaket sind strukturbestimmend. Die Bundesrepublik ist unter der Merz-Klingbeil-Regierung auf dem Weg in eine Militärrepublik

*aus der Plenartagung des Zentralkomitees
Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD
April 2025*

DIE LAGE DES ARBEITERS IN ZEITEN DER MASSENENTLASSUNGEN UND DES KRIEGES

„Die Zusammenarbeit zwischen Handarbeit und Kopfarbeit – zwischen Arbeiter und Ingenieur – muss fester Bestandteil der bezahlten täglichen Arbeitszeit werden. Daraus ergibt sich: Es ist das Proletariat, das unter seiner Führung den Schulterschluss mit der werktätigen Intelligenz in jeder Fabrik und in jedem gesellschaftlichen Bereich, wie auch in der Ausbildung, selbst herstellt, gegen allen Widerstand des Privateigentums an den Fabriken und ihrer bürgerlichen Gesellschaft.“¹²

Da sind Ergebnisse der XIII. Delegiertenkonferenz noch kaum in den Händen der Arbeiter, und schon macht die Wirklichkeit aus dem Gesagten eine Tagesaufgabe. Reihenweise meldet die Auto-Zulieferindustrie Insolvenz an.¹³ Der Maschinenbau: 33 Prozent mehr Insolvenzen im Jahr 2024 als 2023.¹⁴ Ähnliche Entwicklungen in der Chemie. Der Niedergang der Abteilungen II und I, der hier dramatische Konturen annimmt, und nur in wenigen Bereichen der s.g. „KI“ eine gegenteilige Entwicklung zeigt, ist der Aufschrei der gesamten Produktivkraft dieses Landes: Ohne den so genannten industriellen Mittelstand, dem produktiven Fundament des deutschen Imperialismus, droht der Werdegang der Deindustrialisierung

¹² Die Stellung des Arbeiters in der Produktion macht ihn zum Befreier der Menschheit; XIII. Delegiertenkonferenz des Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD

¹³ Laut der Unternehmensberatung Falkensteg war im Jahr 2024 jede sechste Insolvenz in der Autobranche zu verzeichnen. Im vergangenen Jahr stieg die Zahl der Insolvenzen in diesem Bereich um 65 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Falkensteg prognostiziert für 2025 einen weiteren Anstieg der Insolvenzen um 20 bis 25 Prozent. (<https://www.fr.de/wirtschaft/insolvenz-deutscher-autozulieferer-in-der-krise-2000-jobs-auf-dem-spiel-93533004.html>)

¹⁴ <https://www.maschinenmarkt.vogel.de/noch-mehr-insolvenzen-im-maschinenbau-und-bei-metallwaren-moeglich-a-b6878249fad5da16b3ccd6f35ea89af1/#:~:text=Im%20Gesamtjahr%202024%20stiegen%20die,Maschinenbau%20acht%20Insolvenzen%20pro%20Quartal>

Großbritanniens – ohne ehemalige Kolonien. Ohne Maschinenbau, ohne die Spezialfertigung der Zulieferindustrie bleibt die Hochfinanz, das Finanzkapital ohne Industrie im eigenen Land. Über 54.000 Arbeitsplätze in den kommenden Jahren allein in der Zulieferindustrie, die wegfallen, geht man nach den offiziellen Verlautbarungen.¹⁵ Das heißt, der Teil der in solchen Betrieben befindenden best-ausgebildeter Facharbeiter, der tatsächlich schon in den Bereich der Vereinigung mit der Kopfarbeit eindrang. Das heißt aber auch der Teil der Ingenieure, der am ehesten auch die Maschinen, wie den technischen Ablauf der Produktion auch durch die KI einer vergesellschafteten Produktion unter der Führung des Proletariats entwickeln kann. Das heißt im Besonderen: Dass die revolutionären Arbeiter, die den Kampf als Klasse gegen die Ausbeuterklasse sehen und der Kommunist selbst, die darin gegebene nicht geringere Erwerbslosigkeit der werktätigen Intelligenz ob im Monopolkapital – wie zur Stunde in der Autoindustrie, wie aber insbesondere in der Betrieben der Zuliefer-Industrie für das Monopolkapital, ob in Chemie oder Metall, KI-Branche und Elektroindustrie, etc. ihre Stellung im Betrieb und in der technischen Vorarbeit der Produktion im Besonderen in der Agitation zu berücksichtigen haben. Denn so sehr sie sich auch politisch unter das Kapital stellen, ist es nicht ausgeschlossen, wie zu Zeiten bei Siemens die werktätige Intelligenz bei ihrer Bedrohung ihre Arbeit zu verlieren und damit schnell die werktätige Intelligenz durch ihre Dequalifizierung in den Kampf vor dem in der Kündigung stehenden Arbeiter bereit sind, in die Arbeitsniederlegung oder in andere Formen des Kampfes in Widerstand zu gehen und damit in einem oder andern Fall das Proletariat in ihren Betrieben zu Widerstands-Maßnahmen, also den Streik, sich bewegen können. Es bedarf also der darin speziellen Artikel und auch Agitation im Betrieb vom Kommunisten dazu. Es ist eben keine Einbahnstraße der Zusammenschluss durch beide Seiten, der Massenerwerbslosigkeit wie der darin bestehenden Dequalifizierung zu entgehen und ihr den Kampf auch gegen den Staat und die Regierung anzusagen.

Wie nun will der deutsche Imperialismus aus dieser Lage noch einmal rauskommen, wo ihm die weiteren Grundlagen der Entwicklung der Produktivkräfte langsam, aber stetig in den Ruin gehen? Oder wie zur Stunde längst gegeben der Kapitalexport in andere Länder, wie China, als Beispiel nur noch die Beteiligung in fernen Ländern längst weiter und längst darüber hinaus an diesen technischen Innovationen teilnehmen lässt und schon mal dies in Lizenz in der entwickelten Produktionsweise sich zu begnügen hat. Also die kapitalistische Konkurrenz darin, bis hinein in das eigene Land zum Lizenzträger der Entwicklung sich immer mehr

¹⁵ <https://www.automobilwoche.de/automobilzulieferer/clepa-zulieferer-kundigen-abbau-von-54000-jobs#:~:text=Viele%20gro%C3%9F%20deutsche%20Zulieferer%20hatten,n%C3%A4chsten%20zwei%20bis%20f%C3%BCnf%20Jahren>

wiederfindet. Da hilft auch kein imperialistischer Staat dies in Deutschland abzuwehren auf Dauer. Den Kapitalexpert und die technisch weiter entwickelten Produktivkräfte, wie z.B. im Hamburger Hafen der Transport, oder in der deutschen Industrie die Gesetze des Imperialismus per staatlicher Gewalt außer Landes zu halten. So wenig wie dies der Trump-Regierung in den USA gelingen kann, auch nicht ihren Milliardären, die Trump am Zügel führen in der Neuauflage der Zollpolitik, der KI-Branche...

Es ist die allgemeine Verelendung, das um Jahrzehnte Zurückgeworfen-Sein der Abteilung II, das E-Auto, das die Welt nicht braucht, die immer weitere Teile der industriellen Entwicklung des deutschen Imperialismus überholende Industrie der Neuen Bourgeoisie Chinas, aber auch z.B. in Indien der Krieg, der den Maximalprofit der deutschen Monopole senkt, in Richtung der nicht monopolistischen Bourgeoisie, die es zur Kasse zwingt und in die Insolvenz auch damit einhergeht. Oder: Continental erreicht hier seinen Höhepunkt: Tausende Arbeiter aufs Pflaster geworfen im vergangenen Jahrzehnt, dann die Entwicklungsabteilungen, Techniker, Ingenieure und jetzt die finale Abspaltung von allen Bereichen bis auf den alten Kern: Gummi und Reifen. BMW: Sämtliche Arbeit ohne Festvertrag als Arbeiter von Leiharbeiterfirmen z.B. des Dingolfinger Werks (zur Erinnerung: der drittgrößten Autofabrik der BRD) sind entlassen. BMW München ruht drei Wochen komplett – wegen der nicht vorhandenen Abnahme im Verkauf ihrer noch gegebenen Auto-Produktion. Im riesigen Münchener Entwicklungszentrum herrscht der weitere Niedergang des Entwicklungsprozesses, die tausende Ingenieure mögen noch an den geplanten nächsten Modellen sitzen – eine Produktion für den Krieg. Es wird aber zur Stunde darin der Ausbeuter sich nicht die technische Intelligenz zu „retten“ wissen. Schließlich berichten die Kollegen der Produktion, dass darin das Hauptwerk von BMW, als erneuter Kriegsproduzent, die ihnen drohende Erwerbslosigkeit nicht schon beseitigen wird, und in anderen Werken wie in Ungarn z. B. ähnlich die noch gegebene Produktion schwindet. Ford: Noch ganze 5.000 Produktionsarbeiter im Kölner Werk, die Entwicklungsabteilung findet in einer Werksbesichtigung nicht einmal mehr Erwähnung. Die „Patronatserklärung“ des US-Kapitals: Seit diesem Frühjahr aufgekündigt. Das vor einem Jahr komplett auf das E-Auto umgerüstete und bis auf die Endmontage hochautomatisierte Werk bleibt nun sich selbst überlassen und die Arbeiter wissen das: Wo keine Ingenieure mehr sind, kann es keine Zukunft geben. Beim Daimler läuft es gerade umgekehrt: Das „Abfindungsprogramm“ zielt auf die Ingenieure und Techniker. Bei entsprechenden Arbeitsjahren kann ein Kollege aus der Instandhaltung gerade für 380.000 Euro bekommen (was ein Bandarbeiter auch nach 40 Jahren im Betrieb in der allgemeine Erwerbslosigkeit im Land voraussichtlich nicht mehr erhält) in seiner „Abfindung“ aus dem von ihm

geschaffenen Mehrwert und auch des variablen Kapitals und des Lohnes immer war. Ihre Kündigung darin existenziell für kurze Zeit sich etwas besser zu stellen. Darin macht jetzt der Gesamt-Kapitalismus und sein Staat, wie die kommende Merz-Regierung schon mal den Zugriff auf die „Abfindung“, als Teil seiner vom Proletariat zu zahlenden Kriessanleihen im Volk zuerst mit der „Abfindung „seines vorenthalten Lohn die Erwerbslosigkeit selbst zu bezahlen hat der Gekündigte, bevor er an die vom Proletariat eingelegten Lohnfelder als Steuern in die Arbeiterkassen ihm die Erwerbslosigkeit ein Finzel mildert, durch ein paar Euro.¹⁶ Am Ende aber ist es immer das gleiche: Ohne Ingenieur keine vom Proletariat geschaffene Produktion. Da wird der Kapitalist eben auch noch schneller zum Rentier.

Oder anders gefragt: Was haben wir noch nach dem Sturz des Imperialismus an Fabriken und Produktionsstätten, wenn die Weltwirtschaftskrise alleine das Land entindustrialisiert – ohne dass eine Bombe sie im Krieg der Kapitalisten untereinander vernichtet hätte?! Und vorher: **Was haben wir noch an Industrieproletariat beim Herankommen an die Revolution, also in der vom Kapital zwangsweise vereinigten Arbeiter-Klasse in den Fabriken, als führende Klasse in der Kopf- und Handarbeit und an werktätiger Intelligenz, die nicht durch Erwerbslosigkeit weitgehend dequalifiziert schon ist im jüngsten Stand der Entwicklung der Produktivkräfte?!** Das ist der Inhalt der „Zusammenarbeit zwischen Hand- und Kopfarbeit“, ihr fester Bestandteil der täglichen Arbeitszeit, der erhalten werden muss und weiter werden muss in ihrer Vereinigung und in der bestimmenden Seite zur „Kopfarbeit“ in der Produktion selbst. Weit über das hinaus, was der deutsche Imperialismus im heutigen Nachgang seiner Konkurrenten aufzuweisen hat und weiter nachtrabt in der Technik und ihrer Entwicklung! Und wir und die Arbeiterklasse wissen: Wenige Jahre außerhalb der Produktion reichen, um das Wissen und die Fähigkeiten des Facharbeiters wie des Ingenieurs zu entwerten und ihn zu dequalifizieren.¹⁷

¹⁶ „Wir werden die Karenzzeit für Vermögen abschaffen.“ Auch dafür wird ein „vollständiger Datenaustausch zwischen Sozial-, Finanz- und Sicherheitsbehörden ermöglicht“. Verantwortung für Deutschland; Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD; 21. Legislaturperiode

¹⁷ „Der Teil der Arbeiter, die in die Erwerbslosigkeit und dann in den Pauperismus getrieben werden, wird nicht nur vom Produktionsprozess entfremdet, sondern über kurz oder lang auch von der Arbeiterklasse selbst. Die Gewerkschaften separieren ihre erwerbslosen Mitglieder vom Betriebsarbeiter, stecken ihn, sofern überhaupt noch existent, in eigene Erwerbslosengruppen. Die Kommunisten dürfen den Fehler der KPD nicht wiederholen, die die Erwerbslosenarbeit von der Betriebsarbeit organisatorisch getrennt hat, statt den darin bestehenden Sozialdemokratismus auszumerzen und zu beenden. Dafür zu sorgen, dass sie die Verbindung zu ihrer Klasse, zumindest zur Gewerkschaft, beibehalten und ein Teil von ihr sind, ist Aufgabe der Revolutionären Front. Ansonsten ist der Weg zum Alkoholiker, zum

Derweil aber sieht der Arbeiter die Hauptgefahr darin, dass die Bourgeoisie „Geld“ hat, aber nicht investiert und statt dessen übergeht in ihre Kapital-Rendite, als Finanz-Spekulant die Milliarden scheffelt statt als Industrie-Kapitalist in der Produktion sich den Maximal-Profit in der Ausbeutung des Arbeiters erzielt. Millionen Arbeiter werden erwerblos und aus der Produktion gestellt und fallen dem produzierenden Kapitalist als Käufer der Waren in der Abteilung II aus und damit ist am Ende des Imperialismus die Verschmelzung zwischen Industriekapitalist zu einer dominierenden finanzkapitalistischen Welt in der Ausbeutung eben geworden. Eben das höchste Stadium in der Ausbeutung – siehe Lenin. In ihrer Vergesellschaftung in der sie zur Vergesellschaftung des Sozialismus sich offenbart- und täglich zeigt. Worin im Lohnsystem noch gefangen und darin seine Stellung des Arbeiters sich befindet, so lange er es nicht aufhebt das Lohnsystem als Klasse, sich darin nicht schon erkennt als er ist die wichtigste Produktivkraft selbst: Der Mensch! Er selbst und die werktätige Intelligenz, ohne die keine Entwicklung der Produktivkräfte möglich ist. „Ich, Arbeiter, so scheint es mir, bin nicht betroffen, bzw. kann nicht handeln als Lohnsklave, wenn die Entwicklung von der herrschenden Klasse, ihr Profit nicht erneut zur Entwicklung der Produktivkräfte eingesetzt wird. Oder immer mehr wegfällt und der Wucher-Staat an ihre Stelle immer mehr darin die Entwicklung soweit noch gegeben mit meinen Steuern und aus dem Volk dem Kapital aufrecht erhält.“

Die Tagesaufgabe ist also die endlich notwendige Zusammenarbeit des Band- und Hilfsarbeiters der Monopole mit dem Teil der Facharbeiter aus der Zulieferer-Industrie, mit den Technikern im eigenen Haus, mit den Ingenieuren des Maschinenbaus als der organisatorische Zusammenschluss der Intelligenz und all ihre Techniker unter der Führung der Arbeiterklasse, um das Elend auch darin zu besiegen in der Revolution. Oder weiter Lohnarbeit und damit die darin gegebene Stellung in der Produktion und in den Fabriken als seit mehr als einem Jahrhundert gegeben als ein Anhängsel der Maschine oder erkennen sie ihr objektives Interesse an der Aufrechterhaltung der „Mittelindustrie“, ja der gesamten Abteilung des deutschen Imperialismus? Freilich, das Erkennen fällt nicht vom Himmel und hier beginnt die Taktik der Kommunisten, der bewussten Teile des Proletariats: Was, Kollege, passiert neben dir, im viel gerühmten „gemeinsamen Haus“? Man kann die Frage eben nur klassenmäßig beantworten, sonst wird nichts mehr zu holen sein! Und das, ganz nebenbei, schon kurzfristig, denn jeder nächste Schritt in der Produktion ist abhängig vom vorangegangenen, der wegfällt, wo der Zulieferer das Licht ausmacht und damit das Band in der Endmontage (um noch einmal beim Auto zu bleiben) schneller als gedacht zum Stillstand mangels Teile zwingt. Und

eigenbrötlerischen Mystiker und letztendlich zum Faschismus nicht mehr weit.“ (Die Stellung des Arbeiters in der Produktion macht ihn zum Befreier der Menschheit; XIII. Delegiertenkonferenz des Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD)

darin besteht eben auch der Kampf heute, den vom Weltproletariat erkämpften allgemeinen Arbeitstag, ob 7 oder noch 8 Stunden in einer 5-Tage-Woche, wie durch die Entwicklung gegebene Minderung der Arbeitsstunden pro Tag sich gegen die gegebene Aufhebung des Einheitlichen Arbeitstags der Klasse nicht tatenlos hinzunehmen, sondern um seine Verkürzung der Ausbeuterzeit zu kämpfen und die Intelligenz dadurch aus den Fängen und aus ihrer Nähe zum Kapital zu befreien – als Werktätige und kämpfender Teil eben gerade auch in der Verkürzung des Arbeitstages, der die Entwicklung der Produktivkräfte ermöglicht und ihrer aber auch bedarf.

Wir sind und bleiben also bei einer der Hauptaufgaben, die sich die vergangene Delegiertenkonferenz gestellt hat: Wie gelingt es den Kommunisten, die Arbeiter besonders der Monopolbetriebe wieder für die Produktivkräfte, für den Inhalt ihres täglichen Tuns nicht nur zu interessieren, das heißt den Kampf um die Aufrechterhaltung ihrer eigenen und der Fabriken ihrer Kollegen der Abteilung II und I zu entfachen?! Jeder Versuch, die Einheit der Klasse und mit der werktätigen Intelligenz in dieser Frage konkret herzustellen, ist tausendmal mehr wert als jeder noch so gut gemeinte Appell, an und für sich den Kampf gegen die herrschende Klasse und ihren Krieg aufzunehmen. Der Arbeiter ist und bleibt Materialist, er prüft also noch jedes Mal, ob am Ende des Tages er selbst derjenige ist, der an der Maschine steht oder nicht.

Die weiteren unmittelbaren Aufgaben

Der Krieg der Herrschenden Klassen, der in jeder Stunde der Lohnarbeit vom Kapital erfolgt, wird den Arbeiter zum Opfer der Gewalt, ob staatlich oder vom Einzelkapital selbst, nur degradieren, außer er wird aus ihm revolutionär ausscheiden – das ist gewiss! Bevor er in der letzten Gesellschaft der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen der eigenen Vernichtung sich preisgibt oder durch sie selbst seine Vernichtung erfahren würde. Das weiß er selbst, aber auch die Kriegsproduktion ist kein Ausweg – die Arbeit für den Tod an Seinesgleichen, auch sie wird den Arbeiter nicht in Beschäftigung und damit aus der Erwerbslosigkeit bringen. Der meint, die Suppe im Teller wäre es wert. Wert, dem Kapital sein Überleben in seinen Kriegen zu sichern. Selbst Billionen Staatsgeld wird das Heer der Erwerbslosen in den Fabriken der Kriegswirtschaft nicht aufsaugen. Sein Los ist am Ende der kapitalistischen Gesellschaftsordnung erneut die staatliche Zwangsarbeit in der staatlichen Dienstpflicht der Hunderttausenden Gekündigten, wie letztendlich der Soldaten-Tod. Auch eine Kriegswirtschaft und die in ihr angelegte und auch gegebene Aufhebung des Verkaufs seiner Arbeitskraft wird den Mann und die Frau aus der Arbeiterklasse nicht in „Lohn und Brot“, in eine Lohnarbeit verpflichten. Nicht heute, aber auch nicht in einem Weltkrieg, und heute erst einmal durch die Vernichtung in der Industrie, wie der darin gegebenen

Insolvenzen und Kapazitätseinbußen auf die Straße schmeißen¹⁸. Zur Erinnerung: Die Automobilproduktion hat sich seit ihrem Höchststand 2017 nahezu halbiert.¹⁹ Der deutsche Krieg aber will sich wie eh und je europäisch organisieren (und erneut die Rechnung ohne die Arbeiterklassen machen): Rheinmetall etwa errichtet durchaus Fabriken, aber in über einem halben Dutzend Länder, wie in Kriegsländern, darunter in der Ukraine, usw. und mit Zehnjahresknebelverträgen, die die Völker bluten lassen, noch bevor die Panzer über die Ukraine, Litauen, Gaza-Streifen, usw. hinweg rollen.²⁰ Ja, Arbeiter, lieber nichts zu fressen, als für deine Herren in den dritten Weltkrieg ziehen – aber du kannst auch gerne die Milchmädchenrechnung haben: Wenn du dich nicht in den Streik begibst, erhältst du Almosen, keinen Lohn für den Panzerbau!²¹ Dann folgt tatsächlich der Arbeitsdienst, der Spitzeldienst und schlussendlich der Stahlhelm. Aber auch darauf kann sich warten lassen, die Kriegswirtschaft des deutschen Imperialismus kann nicht flugs den Rückstand seiner sonstigen Entwicklung wettmachen – das gehört eben auch zur Wahrheit, die die Taktik des Antikriegskampfes zu berücksichtigen hat, also feststellen kann: **Solange die Industrie des Krieges mehr in der Planung als in der Produktion steht, ist sie zu verhindern, bevor die Serienfertigung zur Reife gediehen ist. Arbeiter, erkenne Deine Macht!**

Und kurzfristig kann ein noch nicht beschlossenes Gesetz fallen, da muss die Klasse nur ein wenig zusammenstehen und zusammenstehen heißt: Heute und nicht Morgen Streik in jeden Betrieb zum

¹⁸ „Aufrüstung ist teuer und unpopulär – daher verfallen einige Politiker auf eine neue Idee: Die Rüstungsmilliarden könnten eine Konjunkturspritze sein. (...) Doch unterm Strich ist die Idee des Rüstungs-Keynsianismus ein gut gemeinter Versuch, sicherheitspolitisch notwendige Investitionen über Wohlstandseffekte zu vermitteln. (...) Rüstung ist bekanntermaßen eine vergleichsweise schlechte Investition, wenn es um die Förderung der Volkswirtschaft geht.“ (Christian Mölling (Bertelsmann) und Torben Schütz (DGAP); Wir rüsten besser so viel, wie uns unser Leben wert ist; capital.de; 9.9.24)

¹⁹ Deutschlands schrumpfende Autoindustrie könnte Schlüssel zur Verteidigungsaufrüstung sein; Deutsche Bank Research Institute Deutsche Verteidigung Deutsche Bank AG; 31.3.25

²⁰ „Unser Werk in Spanien wird noch größer. Dort bauen wir die Kapazitäten aktuell auf 450.000 Granaten pro Jahr aus. Ähnliches passiert in Litauen, am Freitag war ich in Dänemark, die wollen schnell ein Pulverwerk haben. Estland und Lettland sind jetzt dran. Heute Nachmittag ist eine Delegation aus Bulgarien hier, wir reden mit Polen und Rumänien. Alle wollen Werke – wir können sie bauen.“ (Armin Pappberger im Handelsblatt-Interview; 17.4.25)

²¹ „Um den Stand von 2004 wiederherzustellen, wären laut dem Kieler Institut die Produktion von 2.000 Kampfpanzern, 1.400 Schützenpanzern, über 800 Haubitzen und fast 200 Kampfflugzeugen erforderlich. Bei den derzeitigen Produktionsraten würde Deutschland mindestens 10 bis 15 Jahre benötigen.“ (Deutsche Bank Research Institute; a.a.O.)

Zusammenschluss der Klasse zum und in den Generalstreik und die Arbeit einmal wirklich ruhen lassen gegenüber dem Kapital und die Arbeit im Streik deiner Klasse einzusetzen. Z.B. **Keine Karenzzeit-Abschaffung!** Die „Abfindungen,“ die sich im Streik nur ergeben können, dürfen durch den Staat nicht angetastet werden! Dein Streik kein Cent zahlen wir die Kriegsanleihe und auch nicht eure Kriegskredite, die Euch den Profit aus dem Krieg schon Mal sichern. Keine Kündigung werden und können wir ohne den Widerstand gegen Euch zu führen hinnehmen. Und ein Arbeitsvertrag ist ein Arbeitsvertrag und die von Euch verordnete „Kurzarbeit“ als Nicht-Erfüllung des Vertrags habt ihr uns zu bezahlen. Uns Arbeiter macht ihr euch nicht zur Ware, die man verkaufen kann, an den höchst anbietenden Kapitalisten. Noch ist darin die Arbeitszeit der Willkür des Kapitals unterworfen, der 7-Stunden-Tag in der 5-Tage-Woche ist in langen Streiks von uns erkämpft! Wir sind eine Klasse und keine Einzel-Personen, – die hilflos wären gegen Massenkündigung!! Keine gewerkschaftlichen „Hurrapatrioten“ des deutschen Kriegs, usw. Merz und Konsorten werden klein beigegeben, so viel Macht ist einer sich erhebenden Arbeiterklasse schon noch sicher! Und vor allem GEGEBEN! Heute, sicher nicht mehr morgen. Bei Ford drehen sich die „Angebote“ gerade in Richtung 220.000 Euro bei den „höheren Angestellten“ – vor zwei Jahren waren es gerade mal 60.000, das sollte dem Agitator bewusst sein, ohne sich auf Punkt und Komma einzulassen. Das regelt der Kampf und sonst gar nichts.²²

*aus der Plenartagung des Zentralkomitees
Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD
April 1925*

²² Wie wichtig der Kampf um Abfindungen sein wird, verdeutlicht die Ausgangslage der deutschen Arbeiterklasse im Gegensatz zu den Bedingungen, die die KPD noch vorfand: Massenorganisationen der Arbeiter, Volkshäuser, Datschen und vor allem Arbeiterviertel, in denen die Klasse ein stückweit für sich selbst eintreten konnte. Nichts davon finden wir heute vor – der Schritt in die Erwerbslosigkeit ohne Kampf, also ohne die Wiederherstellung der elementarsten Klassenkollektive, wird die Masse umso leichter in die Hände der Faschisten treiben.

DER ANGRIFF AUF DEN ARBEITSTAG IST EIN ANGRIFF GEGEN DIE KLASSE

Der im Koalitionsvertrag vereinbarte Angriff der Monopole auf die Arbeitszeit – und damit auf das Arbeitszeitgesetz (ArbZG) ist eine der wesentlichen Attacken gegen das Proletariat als Klasse. Die Sozialdemokratie ist mit vom Spiel, von Seiten der Gewerkschaften, die schon seit Jahrzehnten in das Geschrei der Kapitalisten nach mehr Flexibilität in der Ausbeutung einstimmen, ist kein Widerstand zu erwarten, schon gar nicht in Kriegszeiten. Ihre Bedingung: Sie wollen beim *„Sozialpartnerdialog zur Ausgestaltung“*, so die IG Metall, einbezogen werden und freuen sich über das Zuckerchen, dass Überstunden künftig steuerfrei sein sollen.

Wie sieht dieser Angriff aus?

Das jetzige Arbeitszeitgesetz besagt, dass die tägliche Höchstarbeitszeit 8 Stunden von Montag bis Samstag (also maximal 48 Std. pro Woche) beträgt. Ausnahmen sind möglich: *„Sie kann auf bis zu 10 Stunden nur verlängert werden, wenn innerhalb von 6 Kalendermonaten oder 24 Wochen im Durchschnitt acht Stunden werktäglich nicht überschritten werden.“* (ArbZG § 3). Das also ist bislang der gesetzliche Rahmen, innerhalb dessen dann Tarifverträge (z.B. IG Metall regelt die 35-Stunden-Woche in der Regel von Montag bis Freitag, rechnerisch also 7 Std. täglich) und Betriebsvereinbarungen abgeschlossen werden können.

Die neu gewählte Kriegsregierung hebt den 8-Std.-Tag auf. Wird der Arbeiter gebraucht, soll er 9, 10 oder mehr Std. am Tag arbeiten. Wird er in Zeiten der Massenentlassungen gerade nicht gebraucht, können es auch weniger Stunden sein, auf Kosten des Arbeiters. Die Höchstarbeitszeit wird jetzt auf die Woche, nicht mehr auf den Tag festgelegt. Und dabei wird es genauso wenig bleiben, wie bei der vermeintlichen Freiwilligkeit.

Was ist die Ursache für diesen Angriff?

Es ist der Krieg und die Kriegsökonomie, die keine Beschränkung der täglichen Ausbeutungszeit mehr dulden können. Der Krieg erfordert die freie Verfügung der Bourgeoisie über die Arbeitskraft des Proletariats. Der Krieg kennt keinen Gesundheitsschutz und keine Arbeiterrechte. Die Bourgeoisie unterwirft sich die Produktivkraft Mensch mit Haut und

Haaren. Und sie selbst ist es, die damit das Lohnsystem, den freien Verkauf der Ware Arbeitskraft aufhebt und nur noch im Krieg enden kann. In diesem Zusammenhang ist auch der Tarifvertrag von Baden-Württemberg zu sehen, ein weiterer Schritt zur Zwangsarbeit, vereinbart mit einer IG Metall, die in das Kriegsgeheul einer BILD-Zeitung einstimmt und den Kriegskurs der Bourgeoisie inzwischen ohne Wenn und Aber unterstützt. Das ist vielleicht ihr letzter nützlicher Dienst für das Monopolkapital, mit dem sie sich noch anbieten kann, bevor sie vollkommen fallen gelassen wird, weil die offene Gewalt des Kapitals und seiner Regierung längst den Betrug der Gewerkschaftsbükratie überflüssig macht. Noch braucht die Bourgeoisie die Gewerkschaften, vor allem, wenn es um den Raub der Billionen und deren Verteilung geht.

Was bedeutet dieser Angriff für das Proletariat?

Wenn der Kampf um die Arbeitszeit verloren geht, dann wird es kein Halten mehr geben bei den Massenentlassungen. Dann bedeutet das ein Zurück ins 18. Jahrhundert, in dem der Lohnarbeiter als Individuum „seinem“ Kapitalisten als Bettler um seinen Lohn gegenüberstand.

Die Forderung nach gesetzlicher Verkürzung der Arbeitszeit, konkret nach dem 8-Stunden-Tag, wurde vor rund 160 Jahren erhoben von der Internationalen Arbeiter Assoziation, unter Federführung von Marx und Engels. Im Jahr 1889 wurde sie zur zentralen Frage des Kampfes der II. Internationalen. Der Kampf um den 8-Stunden-Tag in den USA, Frankreich, Deutschland und anderen Ländern wurde zur Geburtsstunde des 1. Mai, als Kampftag des internationalen Proletariats. Dieser Kampf hat das Proletariat als Klasse vereint, nicht nur national, sondern auch und vor allem international. Er hat das Proletariat zur weltweiten Bewegung gemacht. Der Kampf um die Verkürzung des Arbeitstags hat die Konkurrenz der Lohnarbeiter ein Stück aufgehoben und die Arbeiterklasse zusammengeschlossen. Der Versuch der Bourgeoisie, jetzt das Rad der Geschichte wieder zurückzudrehen, heißt nichts anderes als den Versuch, die Arbeiterklasse als Klasse zu zerschlagen, sie endgültig zu Bettlern um den Erhalt des Lohnsystems zu degradieren, eines Lohnsystems, das die Befreiung der Menschheit verhindert, sie im Gegenteil unweigerlich in den Krieg führt. Es ist der Versuch, die Arbeiterklasse ihre eigene Geschichte vergessen zu machen, wie die opferreichen Kämpfe z.B. 1903 der Textilarbeiterinnen von Crimmitschau, die zwar nach einem halben Jahr heldenhaften Streiks für eine Verkürzung des Arbeitstags eine vorläufige Niederlage einstecken mussten, aber in der Folge weitere Streiks der Arbeiter ausgelöst haben, die zu einem starken Zusammenschluss der Klasse geführt haben. Bis hin zur gesetzlichen Einführung des 8-Stunden-Tags im Gefolge der Novemberrevolution am 1. Januar 1919.

Es geht auch um die Würde der Klasse. Generationen von Arbeitern haben die Arbeitszeitverkürzung Stück für Stück erkämpft. Zuletzt die 35StundenWoche durch die IG Metall in 7 Wochen Streik und Aussperrung. Das war vor über 40 Jahren!

Was ist heute also in Betrieb und Gewerkschaft zu tun?

Die heutige Generation der Arbeiter hat noch nie einen Streik in dieser Art erlebt. Ging es früher um die Verkürzung, so hat sie es heute nur noch mit der Ausweitung der Arbeitszeit, der täglichen und der Lebensarbeitszeit zu tun. Sie hat bestenfalls davon gehört und sie ist in nichts vorbereitet auf die Angriffe des Monopolkapitals und seiner Regierung. Also besteht unsere Aufgabe darin, sie auszubilden für den Tageskampf, sie zu schulen, kleine Artikel in den Betriebszeitungen zu schreiben, ihnen darin ein Stück Politökonomie und Geschichte der Arbeiterbewegung zu vermitteln, etwa in Fragen wie: Was bedeutet die Arbeitszeit für uns als Klasse, für unseren Zusammenschluss? Was heißt das, „*ein gerechter Lohn für ein gerechtes Tagwerk*“? Kurzreferate im Vertrauenskörper zum 7- bzw. 8-Stunden-Tag müssen die Bereitschaft stärken, die tägliche Arbeitszeit gegen jeglichen Angriff zu verteidigen. Eine Aufgabe vor allem gerade auch für die Revolutionäre Front in der Erziehung klassenbewusster Arbeiter. Eine Aufgabe auch für die FDJ z.B. gegenüber den jungen Metallern in Reutlingen und Waiblingen.

Ohne dieses Grundwissen wird unsere Kritik an der Gewerkschaftsbürokratie ins Leere laufen. Warum handelt die so, wie sie heute im Sinne der Monopolbourgeoisie handelt? Mit Schlagwörtern kann das nicht beantwortet werden und es werden schon gar keine sinnvollen Aktionen daraus erfolgen.

Wichtig ist auch die internationale Seite. Wie hilfreich könnten Schreiben von kämpfenden Arbeitern anderer Länder sein, die mit ihren deutschen Klassenbrüdern mal Klartext reden, wie sie mit ihrer Passivität anderen und sich selbst schaden.

Genossen, die Zeit brennt. Der Zeitpunkt, dem Krieg zuvor zu kommen ist vorbei. Wir sind mittendrin, haben bestenfalls noch mit den Überresten des zeitweiligen Friedens zu tun. Die Arbeiterklasse ist in Sachen Faschismus und Krieg kurz vor dem Umkippen. Sie verhält sich noch passiv, was im Moment für uns noch vorteilhaft ist, weil sie noch nicht *Hurra* schreit, im Gegensatz zur IG Metall. Wir wissen nicht, wie lange diese Passivität noch bestehen bleibt.

*aus der Plenartagung des Zentralkomitees
Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD
April 2025*